

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentext: die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklametext: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Geschäftsstand:
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höchster Gewalt behält sich Anstalt auf Befreiung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 71

Samstag, den 26. März 1932

Jahrgang 104

Frankreichs Haltung in der Tributfrage

Aussprache über die Lausanner Konferenz im französischen Senat

II. Paris, 26. März. Im Senat äußerte sich am Freitag Minister Flandin gelegentlich der Haushaltsberatungen zur französischen Haltung auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz. Er erklärte, dass sich die französische Abordnung eng an die Ausführungen der französischen Sachverständigen halten werde, in denen einstimmig zum Ausdruck gebracht sei, dass ein Verzicht auf die Reparationen nicht in Frage komme. Die Streichung der Reparations- und Kriegsschulden werde die Krise nicht beheben. Man müsse vielmehr zu allgemeineren Lösungen greifen. Langfristige Kredite seien notwendig, deren Vorbedingung jedoch die Achtung vor den übernommenen Verpflichtungen sei.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Berenger, wies in seinen Ausführungen auf die Gehaltsbeträge in sämtlichen europäischen und außereuropäischen Haushalten hin, die auf insgesamt 100 Milliarden Franken bezifferte. Von der bevorstehenden Lausanner Konferenz werde zum großen Teil das Gleichgewicht des französischen Haushalts abhängen, weil die deutschen Reparationszahlungen eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle für Frankreich darstellen. Die Benußung, die im Augenblick über den französischen Haushalt bestehe, werde durch die Unsicherheit der Verträge hervorgerufen. Das Hoovermoratorium habe den Begriff „Vertrag“ zerstört. Es sei in letzter Zeit zu einer Gewohnheit geworden, die Revision eines Vertrages zu verlangen, der kaum unterzeichnet sei. Die Befürchtung einer Umwälzung in der ganzen Welt werde außerdem durch die Revisionspolitik dieser Staaten bestärkt. Diese Befürchtung und die Unsicherheit hätten das internationale Vertrauen vernichtet, weshalb man zunächst einmal die Achtung vor den übernommenen Verpflichtungen wiederherstellen müsse.

Ministerpräsident Lardieu erklärte, dass die Auffassung, der Völkerbund stehe auf schwachen Füßen, denjenigen zu verdanken sei, die seit 13 Jahren die Rolle des Völkerbunds herabgesetzt hätten. Um so wichtiger sei es daher, jetzt eine internationale Macht sicherzustellen und den französischen Vorschlag, den er auf der Abrüstungskonferenz eingebracht habe, anzunehmen. Lardieu ging dann zu der Reparationspolitik der französischen Regierung über und erklärte, dass der jetzige Haushalt n. a. 1173 Millionen Franken auf der Einnahmeseite aufweisen müsse, die die Reparationen darstellen, die Deutschland im Juli zu leisten habe. Wenn man diese Eintragung nicht gemacht hätte, so hätte

das einen Verzicht Frankreichs auf die deutschen Reparationen bedeutet. Lardieu fuhr dann wörtlich fort:

Niemand hätte uns das verzeihen. Möge der Himmel geben, daß die 1173 Millionen Franken sich eines Tages in unserer Kasse befinden. In der Reparationsfrage ist Frankreich bereit, die freiwillig unterzeichneten Verträge den Verhältnissen anzupassen; es verweigert aber eine Mißachtung der Unterschriften. Das bedeutet, daß wir im kommenden Juni zur Lausanner Konferenz gehen, nachdem wir unsern Standpunkt dem der anderen Mächte genähert haben, mit denen wir uns dort treffen werden. Wir werden aber entschlossen an unserer Auffassung festhalten, weil dies unser Recht ist, und weil wir die Sicherheit von morgen auf die Unterschrift der Abkommen aufbauen wollen, die gestern getroffen worden sind und die wir deshalb nicht zerbrechen können.

Lardieu erklärte dann, daß die Verhandlungen über die Schaffung der Donauföderation einen befriedigenden Verlauf nehmen. Mit England habe Frankreich die Gewohnheit angenommen, auf freundschaftliche Weise zu verhandeln. Es sei notwendig, zwischen Frankreich und Italien die letzten noch bestehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Was die innerpolitische Lage Frankreichs angehe, so seien die Schwierigkeiten nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. In der Außenpolitik sei es die Aufgabe eines demokratischen Staates, niemals zu lägen und immer mit offenen Karten zu spielen. — Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Zusammenkunft Lardieu-Macdonald

Obgleich eine amtliche Bestätigung für die aus englischer Quelle stammende Meldung von einer bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Lardieu und Macdonald noch nicht vorliegt, scheint es, als ob die Begegnung grundsätzlich bereits fest beschlossen ist. Die gewöhnlich gut unterrichtete „Times“ erklärt, daß an der Unterredung, deren Zeitpunkt noch nicht feststehe, auch der englische Schatzkanzler teilnehmen werde. Man werde sich in erster Linie über den Donauplan und über die bevorstehende Lausanner Konferenz unterhalten. Außerdem sei beabsichtigt, eine Konferenz zwischen Frankreich, England, Deutschland und Italien vorzubereiten, damit nach der Einigung der Donauföderation feinerlei Verzögerungen mehr eintreten.

Litauische Scheinmanöver in der Memelfrage

Aufhebung des Kriegszustandes, dafür ein noch schlimmeres „Gesetz zum Schutze der Republik“.

II. Kovno, 26. März. Der litauische Innenminister erklärte in einer Presseunterredung, daß der Kriegszustand in ganz Litauen und auch im Memelgebiet demnächst aufgehoben werden würde. An die Stelle des Kriegszustandes wird aber ein Gesetz zum Schutze der Republik gesetzt werden. Die Wahlen im Memellande sollen nicht mehr unter dem Kriegszustande stattfinden.

Zu der Frage des neuen Sejmwahlgesezes erklärte der Innenminister ferner, daß diese Frage noch nicht spruchreif sei. Es wird dazu bekannt, daß das Gesetz außerordentliche Schwierigkeiten macht und wiederholt grundlegend umgestoßen wurde. Bekanntlich soll das Gesetz alle politischen Parteien ausschalten und nur gewissen öffentlichen Instituten wie Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern usw. die Berechtigung zur Anstellung von Kandidaten geben.

Soweit bisher bekannt wird, enthält das neue „Gesetz zum Schutze der Republik“ so scharfe Bestimmungen, daß nur dem Namen nach eine Abänderung des Kriegszustandes erfolgt. In Wirklichkeit gibt das Gesetz Möglichkeiten zu einer Anebelung, wie sie die Kriegszustandsbestimmungen in so scharfer Form bei weitem nicht aufweisen. Es würde sich also danach lediglich um eine Umgehung des Versprechens handeln, das der litauische Innenminister Janinis in Genuß den Unterzeichnern abgegeben hat.

Polnische Herausforderungen in Danzig

Erneutes Eintausen polnischer Torpedoboote in den Danziger Hafen

II. Danzig, 26. März. Die beiden polnischen Torpedoboote Poddhalin und Krakowak ließen wiederholt in den Danziger Hafen ein und machten mitten in der Stadt, und zwar am Kai in der Nähe der städtischen Gasanstalt fest. Das Aussehen dieses Anlegeplatzes in mitten einer belebten Danziger Gegend ist als eine absichtliche Demonstration aufzufassen. Dazu kommt das besonders pro-

volatorische Verhalten der Mannschaft. Polnische Matrosen der Torpedoboote exerzierten an Land, während an Bord unter den Augen der Danziger Bevölkerung an den Geschützen Übungen gemacht wurden.

Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes?

Eine Kabinettsvorlage.

II. Berlin, 26. März. Nach einem Bericht der „DZ“ soll Reichsarbeitsminister Dr. Slegers im Benehmen mit dem Reichsfinanzminister Maßnahmen zu einer Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Wege geleitet haben, da die bisherigen Ergebnisse des freiwilligen Arbeitsdienstes nach jeder Richtung günstig seien, die bisherigen Vorschriften aber sich als zu eng gefaßt erwiesen hätten.

Es sei vorgesehen, daß künftig der Arbeitsdienst mindestens jedem jüngeren Arbeitslosen (etwa bis zu 25 Jahren) offenstehen soll, natürlich nur im Rahmen der verfügbaren Mittel. Arbeitsdienstfreiwillige, die Eignung und Neigung für den Siedlerberuf besitzen, sollen bei Arbeiten, die für die künftige Siedlertätigkeit eine geeignete Vorbereitung vermitteln, bis zu einem Jahre zugelassen werden, gegen bisher höchstens 20 Wochen. Eine Finanzierung von Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes soll weitgehend unterstützt werden. Geplant sind auch weitere Verbesserungen in bezug auf Anrechnung der Unterstützungsdauer. Die Zahl der gleichzeitig beschäftigten Arbeitsdienstfreiwilligen soll 1932 nach und nach auf 100 000 gesteigert werden. Um zu einer Durchschnittszahl von etwa 65 000 Arbeitsdienstfreiwilligen für die Dauer des Jahres zu gelangen, sollen besonders eintreffende vorgesehene werden. Insgesamt werden aus besonderen Reichsmitteln rund 50 Millionen Mark als erforderlich veranschlagt.

Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei den Mitteln der „DZ“ um eine Indiskretion. Es liegt allerdings eine entsprechende Kabinettsvorlage vor, doch steht noch keineswegs fest, in welcher Höhe der Reichsfinanzminister Mittel für einen Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes bereitstellen kann.

Tages-Spiegel

Zu französischem Senat fand gestern eine Aussprache über die Tributfrage statt, in der Ministerpräsident Lardieu über Frankreichs Haltung auf der Lausanner Konferenz sprach.

Macdonald und Lardieu haben eine Zusammenkunft vereinbart, die demnächst stattfinden soll.

Der Reichsregierung liegt ein Entwurf des Reichsarbeitsministeriums über den Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes vor.

In Kiel wurden mehrere Kommunisten verhaftet, die Zersetzungsversuche innerhalb der Reichsmarine unternommen hatten.

Reichskanzler Dr. Brüning ist am Gründonnerstag zum Osteraufenthalt in Badenweiler eingetroffen.

Die Klage der NSDAP. gegen Preußen

Vergleichsvorschlag des Staatsgerichtshofs

Leipzig, 26. März. Vor dem Staatsgerichtshof wird a. H. unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Bunske die Verhandlung über die Klage der NSDAP. gegen das Land Preußen wegen der auf Weisung des Innenministers Severing vorgenommenen Durchsuchungen und Beschlagnahmungen verhandelt. Die Streitfrage wird nach der juristischen Seite hin vermutlich die Lösung finden, daß die preußische Regierung das bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmte Material wieder an die nationalsozialistische Partei herausgibt, soweit es nicht infrimierenden Charakter trägt. Der Reichsgerichtspräsident hat einen entsprechenden Vergleichsvorschlag gemacht.

Scharfe englische Note an Irland

II. Dublin, 26. März. Die englische Note an Irland über die Frage des Freizeides und der Entschädigungszahlungen, die in Dublin überreicht worden ist, wurde in einer Sonder Sitzung des Vollzugsausschusses erörtert. Die Antwort der irischen Regierung soll heute gleichzeitig in London und Dublin veröffentlicht werden. Es verlautet, daß die unerhörte Schärfe der englischen Note einen starken Eindruck auf die irischen Kabinettsmitglieder gemacht habe. Diese seien jedoch nach wie vor fest entschlossen, die Abschaffung des Freizeides und die Einstellung der Entschädigungszahlungen zur Durchführung zu bringen. Die irische Regierung hat bereits Weisung zur Vorbereitung der entsprechenden Gesetzesvorlagen gegeben.

Massenkundgebungen in Irland

Am Ostermontag werden in sämtlichen irischen Städten republikanische Massenkundgebungen stattfinden, in denen zur Frage der Abschaffung des Freizeides und der Einstellung der Zahlungen an England Stellung genommen werden soll.

Letzte Nachrichten aus aller Welt

In Viena hat der Oberlandesgerichtsrat Dr. Meurer in seiner Wohnung seine Ehefrau, seine beiden minderjährigen Kinder, seine betagten Eltern, eine in der Wohnung anwesende Bekannte seiner Frau und sich selbst erschossen. Alle sieben Opfer sind tot. Die Familie sollte, nachdem die Ehe geschieden worden war, aufgelöst werden. — Der Dortmund der Zollfahndungsstelle gelang es kürzlich in Dorfen in Westfalen einen umfangreichen Kaffeeschmuggel aufzudecken. Einer der Hauptbeteiligten erhielt eine Geldstrafe von rund 825 000 M. Außerdem soll er Zollgebühren von 175 000 M. nachbezahlen. — In Berlin erdrosselte am Karfreitag eine ledige Frau ihre drei unehelichen Kinder und erhängte sich, weil ihr Bräutigam die Verlobung auflöste. — Ein zehn-jähriger Knabe ertrank in Schillerstraße (Neustrelitz) einen 11-jährigen Spielkameraden mit einem Teufel. — Das Bremer Schauspielhaus war in der Nacht zum Karfreitag durch einen Großbrand in einem angrenzenden Geschäftshaus stark gefährdet. Die Feuerwehr vermochte jedoch das Theater zu schützen, nur einige Bühnenzubehörsgegenstände sind verbrannt. — In einem Dorfe des holländischen Landgenes stieß ein neun-jähriger Schüler vier Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren aus Noheit in den Dorfbach. Zwei der Kinder ertranken. — Ein Briefträger tunkte in dem litauischen Städtchen Sevedziat seine ihm entlaufene junge Frau, seine Schwiegereltern und zwei weitere Personen durch Revolvergeschosse und verletzte sich selbst schwer. — In Sevilla versuchten Kommunisten, die Karfreitagssprozession zu stören. Kleinere Gruppen von Syndikalistinnen brachten, als die Prozession vorüberzog, Hochrufe auf den Kommunismus aus und warfen Steine und Feuerwerkskörper auf die heiligen Statuen.

Um das Memelgebiet

Von Otto Seltmann-Ulm

Es ist vielleicht nicht von ungefähr, daß im selben Zeitpunkt, in dem Frankreich den Plan seiner Donauföderation aufwirft, Litauen versucht, das Memelgebiet durch einen Gewaltstreich an sich zu bringen. Daß die litauische Regierung überhaupt gewagt hat, einen solchen Streich zu führen, ist natürlich nur dadurch verständlich, daß man sich in Kowno der vorerst geheimen, später aber auch offenen Unterstützung von Seiten Frankreichs sicher weiß.

Wenn wir den Kampf um das Memelgebiet richtig verstehen wollen, so dürfen wir, wie es in der Vorkriegs- und Nachkriegszeit zu unserem Schaden getan wurde, nicht die französische Politik allein für die Bedrohung der deutschen Grenzen verantwortlich machen. Durch eine solche — gefühlsmäßig allerdings begreifliche — Betrachtungsweise trüben wir uns den Blick für die Erkenntnis der jeweiligen gesamtpolitischen Verhältnisse, die notwendig ist, um eine politische oder letzten Endes militärische Aktion zum Erfolg führen zu können. Infolge der ungenügenden Orientierung bezüglich der Haltung Englands, Italiens und später Amerikas haben wir den Weltkrieg verloren, weil wir die Haltung Englands und Amerikas falsch einschätzten, haben wir den Ruhrkrieg verloren, und auch das Fiasko mit der deutsch-österreichischen Zollunion ist auf eine falsche Berechnung der Gegenkräfte zurückzuführen.

Bei der Beurteilung der Memelgebietfrage müssen wir beachten, daß dabei dieselbe Tendenz des Versailleser Diktats in Erscheinung tritt wie bei der Schaffung des polnischen Korridors, der Abtrennung deutschen Gebiets an der ober-schlesischen Grenze, an der schleswighischen Grenze und der Zuweisung Deutsch-Böhmens an die Tschchoslowakei und Südtirol an Italien im Diktat von St. Germain. In allen diesen Fällen sollten die Nachbarn Deutschlands und Österreichs zu einer dauernden deutschfeindlichen Politik gebracht werden. Diese Absicht der sog. Friedensverträge lag aber nicht nur im Interesse Frankreichs, das sich auf diese Weise billige Bundesgenossen auf dem Kontinent zu schaffen vermochte, auch England und Amerika zogen aus dieser geographischen und damit auch politischen Einkreisung Deutschlands große gesamtpolitische und wirtschaftspolitische Vorteile, indem man Deutschland auf solche Weise daran hinderte, direkte Fühlung nach Osten, Südosten und Süden zu nehmen.

Daß man uns aus den oben angedeuteten Gründen neben der willkürlichen Schaffung des polnischen Korridors auch das Memelgebiet nehmen wollte, um eine direkte Verbindung mit einem wieder aufstrebenden Rußland auf alle Zeiten zu verhindern, darüber waren sich, wie gesagt, alle Vertreter der Großen Entente in Versailles einig, nur wußte man nicht gleich, wem man dieses Stückchen Land zukommen lassen sollte. Inzwischen war das Memelgebiet von französischen (!) Truppen besetzt und verwaltet worden.

Eigentümlicherweise besetzten nun am 10. Januar 1923 — gleichzeitig (!) mit dem Beginn des Ruhrkampfes — litauische Truppen das Memelland und richteten dort eine provisorische Regierung ein, während die Franzosen auf dem Wasserwege nach Hause fuhren. Das war natürlich eine abgekartete Sache, was auch daraus hervorging, daß die in Deutschland durch ihre Gewaltmaßnahmen satism bekannte Völkervereinigung der Entente sich sofort auf diesen so geschaffenen „Boden der Tatsachen“ stellte und das Memelland der Republik Litauen zusprach. Dafür erhielt dann im März 1923 Polen von der Völkervereinigung das erheblich größere Wilna-Gebiet zugeteilt, das Polen 1920 durch einen Handstreich den Litauern entzogen hatte. So schuf man im Nordosten und Osten Deutschlands die gewünschte antideutsche Front und Trennungslinien gegen Rußland.

Schon 1919 hatte die Bevölkerung des Memelgebiets gegen die Abtrennung von Deutschland Protest erhoben und erneut protestierte sie gegen diesen letzten Gewaltstreich. Der

einzige Erfolg aber war das bekannte Memelstatut, das dem Memelland wenigstens Autonomie gewährte. Dieses Statut wurde von England, Frankreich, Italien und Japan garantiert. Dadurch erhielt das Memelland einen eigenen Landtag und eigene deutsche Verwaltung, denn dieser Landtag besaß stets eine absolute deutsche Mehrheit. Trotzdem aber hat der von Litauen gestellte Gouverneur stets versucht, den Einfluß des Landtags auszuschalten, dessen Zustimmung zur Amtstätigkeit des Landesdirektoriums nötig ist. Obgleich im Memelstatut ausdrücklich vorgesehen ist, daß das Landesdirektorium das Vertrauen der Mehrheit des Landtags besitzen muß, wurde vom Gouverneur immer wieder der Versuch gemacht, Großlitauer, die nicht das Vertrauen der Bevölkerung besaßen, ins Direktorium oder in sonstige Beamtenstellen zu bringen, um das Land so schnell wie möglich zu litauisieren. Wir haben ja dieselben Beobachtungen in Danzig, in Südtirol, in Böhmen usw. machen können. Auflösung und Vertagung des Landtags, der so seiner gesetzgeberischen, politischen und wirtschaftspolitischen Tätigkeit beraubt wurde, wechselten ab, um die deutsche Bevölkerung müde zu machen. Das gelang aber den litauischen Drahtziehern nicht; die Memelländer protestierten bei Uebergriffen vielfach erfolgreich beim Völkerbund, und selbst der seit dem Militärputsch in Litauen dauernde Kriegszustand mit allen Einschränkungen staatsbürgerlicher Tätigkeit auch im Memelland vermochte es nicht, die im Oktober 1920 wieder einmal „notwendig gewordenen“ Neuwahlen zugunsten Litauens zu gestalten. Trotz des Terrors gelang es den Deutschen wiederum, weit die absolute Mehrheit (22 gegen 5 Sitze) zu erreichen.

Es schien nun, als ob auf das deutsche Eingreifen in Genf die Verhältnisse sich gebessert hätten. Die erneute deutsche Mehrheit stellte als Vorsitzenden des Landesdirektoriums Landesdirektor Böttcher, der zu Mitdirektoren zwei Männer ebenfalls deutschen Vertrauens ernannte. Nun hat, wie bekannt, der litauische Gouverneur eine private Fahrt Böttchers nach Berlin benützt, um ihn und seine 2 Begleiter unter Beschuldigung des Landesverrats verhaften zu lassen, weil er angeblich mit einer fremden Macht Verhandlungen gegen das Interesse Litauens geführt habe. Das nun vom Gouverneur ernannte provisorische Direktorium wurde vom Landtag nicht anerkannt.

Wie bekannt, hat auch die deutsche Regierung sofort beim Völkerbundsrat Beschwerde eingelegt. Sie verlangte sofortiges energisches Handeln. Die Bevölkerung des Memelgebiets sei nach ihrer Sprache, ihrer Abstammung und ihrer Kultur deutsch; daran sei auch durch die Tatsache nichts geändert worden, daß das Memelgebiet von Deutschland abgetrennt und von den alliierten und assoziierten Mächten unter die Souveränität Litauens gestellt worden sei. Es sei Aufgabe des Völkerbundsrats, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den vorliegenden Rechtsbruch wieder gutzumachen und auch in Zukunft die dem Memelgebiet zuerkannte Autonomie zu gewährleisten. Der Berichterstatter für Memelfragen im Völkerbundsrat hat nach Behandlung der Rechtsfrage mit einigen Juristen in einem Berichte erklärt, die gegenwärtige Lage im Memelgebiet sei durchaus anormal; die sofortige Bildung eines Direktoriums, das das Vertrauen (!) des Landtags besitze, sei absolut notwendig.

Der Memelländische Landtag legte mit 23 gegen 4 Stimmen gegen die Beseitigung des Direktoriums Protest ein; die Auflösung des Landtags, die jetzt erfolgt ist, deutet darauf hin, daß die litauische Regierung zweifellos im Vertrauen auf ihre Freunde in Paris und anderswo noch nicht bereit ist, den gewaltsam beseitigten Rechtszustand des Memeler Statuts wieder gelten zu lassen. Denn ohne Rückhalt an gewissen Großmächten hätten die Herren in Kowno diesen Gewaltstreich wohl nicht gewagt.

Polnische Vorbereitungen für die Preußenwahlen

— Berlin, 25. März. Die Polnische Volkspartei hat die Aufstellung einer eigenen Liste für die Preußenwahlen beschlossen und einen Wahlaufruf vorbereitet. Ferner wurde ein Wahlfonds gezeichnet. Die Propaganda soll besonders auf Oberschlesien, die grenzmärkischen Kreise Bomm und Flatow, das Ermland, das Marienburger Land und Masurien konzentriert werden. Man will unter allen Umständen zwei Mandate (!) erzielen, eines in Oberschlesien u. eines auf der Landesliste. Zu diesem Zweck sollen möglichst viel polnische Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet mit Wahlscheinen nach Oberschlesien geschickt werden, um die nötige Stimmenzahl in diesem Wahlkreis (mindestens 50 000) herbeizuführen. In die polnischen Obergeschleier soll die Bitte gerichtet werden, den polnischen Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet kostenlos Unterkunft zu gewähren. Die Reisekosten sollen dem Propagandafonds entnommen werden und zudem sollen angeblich Gesellschaftsreisen organisiert werden, für die nach den Bestimmungen der Reichsbahn Fahrpreisermäßigungen (!) gewährt werden.

Der französische Donaubundplan

Österreich kann keine politischen Bindungen in Mitteleuropa eingehen
— Wien, 25. März. Auf einer Tagung des Landesparlamentes von Niederösterreich sprach Bundeskanzler Dr. Buresch u. a. über die Handelspolitik der österreichischen Regierung. Er führte dabei aus, daß schon in nächster Zeit die Vertreter der Großmächte zusammenzutreten werden, um die Grundlagen für eine handelspolitische Neuordnung in Mitteleuropa zu beraten und einheitliche Linien auf diesem Gebiete zu erzielen. Das sei das erste wichtige Ergebnis des österreichischen Schrittes.

Wenn wirklich ein besseres Verhältnis herbeigeführt werden sollte, dann könne es sich nicht darum handeln, eine Klärung des Verhältnisses zwischen den kleinen Staaten im Donauraum allein herbeizuführen, sondern dann müsse als wichtigste Voraussetzung hierfür die Mitarbeit der Großmächte gesichert sein.

In früheren Monaten sei viel von Konföderationen gesprochen und geschrieben worden, jetzt sei es etwas ruhiger geworden. Trotzdem möchte er nicht verabsäumen zu erklären, daß die österreichische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß sie in der Zeit der schweren Wirtschaftsnöte und der Zeit der völlig ungeklärten wirtschaftlichen Lage in ganz Mitteleuropa keinerlei politische Bindungen eingehen könne und werde. Gerade jetzt seien Erfolge verheißende Anzeichen dafür vorhanden, daß es zu einer Klärung der unhaltbaren Lage in Mitteleuropa komme.

Tardiens Mittel zum Zweck

In einer längeren Meldung weist der Pariser Korrespondent der „Times“ nach, daß Frankreich die Neutralität oder die wohlwollende Zustimmung Italiens und Deutschlands zu dem Tardienplan hauptsächlich durch politische Druck- bzw. Vorkmittel erreichen will: Bei Italien durch Zugeständnisse in der Flotten- und der nordafrikanischen Frage, bei Deutschland durch Entgegenkommen in der Tribut- und der Abrüstungsfrage. Bei der Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Deutschland und Frankreich könne England eine entscheidende Rolle spielen. Die Entwicklung, die seit zwei Monaten am Dual-Druck begonnen habe, sei jetzt vollendet. Unter Briand sei die französische Politik romantisch gewesen, unter Poincaré und unter Tardieu habe sie feste aufbauende Formen angenommen.

Der auswärtige Kammerausschuß mißbilligt die Politik der französischen Regierung. Im auswärtigen Ausschuss der Kammer erstattete der Unterausschuß Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung, die eingeleitet worden war, um

die näheren Umstände festzustellen, unter denen die französische Regierung an gewisse ausländische Regierungen größere Anleihen gewährt hatte. Nach Kenntnisnahme dieses Berichts und nach einem ausführlichen Meinungsaustausch wurde eine Entschliebung angenommen, die eine Beurteilung der bisherigen Anleihepolitik der Regierung darstellt.

Englisch-französische Zusammenarbeit in der Tribut- und Schuldenfrage

— London, 25. März. Der Unterausschuß des Kabinetts, der sich mit den Tribut- und Kriegsschulden zu befassen hat, stellte fest, daß die Arbeiten des Ausschusses gute Fortschritte gemacht hätten und daß eine völlige Einigkeit über die von England auf der Lausanner Konferenz zu verfolgende Politik bestände. Den Ministern erschein die enge Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich wünschenswert. Sie sind sich darüber einig, daß eine Zusammenkunft zwischen Macdonald und Tardieu beiden Seiten zur Befriedigung gereichen werde. Eine derartige Zusammenkunft sei im Hinblick auf die Lausanner Konferenz und auf die von dem amerikanischen Botschafter Edge in Paris abgegebene Erklärung, er halte eine Zusammenkunft von Vertretern Englands und Frankreichs und eine Einigung zwischen den hauptsächlich interessierten europäischen Staaten für wünschenswert, wahrscheinlich.

Finanzhilfe-Empfehlungen des Völkerbundes

— Paris, 25. März. Der Finanzausschuß des Völkerbundes hat nunmehr seine Beratungen über die finanzielle Lage Österreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands nach 24tägiger Dauer zum Abschluß gebracht. Dem Völkerbundsrat wird ein Bericht überhandt werden. Der Rat tritt wahrscheinlich am 15. April in Genf zusammen statt am 15. Mai, wie ursprünglich vorgesehen war.

Der Bericht enthält außer allgemeinen Betrachtungen über die wirtschaftliche Lage in den vier Staaten und über die Notwendigkeit der grundsätzlichen Aufrechterhaltung des Vorranges der Völkerbundsanleihe folgende Empfehlungen an die Regierungen: Für Österreich: die Notwendigkeit einer Hilfsanleihe, die der österreichischen Regierung gestattet soll, das Ende der Krise ohne Einmischung des ausländischen Schuldendienstes abzuwarten. Für Ungarn: Aufrechterhaltung des Moratoriums, das bereits gewährt worden ist in Erwartung einer Besserung der wirtschaftlichen Lage, die später eine neue Vereinbarung mit den Gläubigern ermöglicht.

Ernstere Lage der Reichsbahnfinanzen

— Berlin, 25. März. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn gibt einen Bericht über seine letzte Tagung aus, in dem es heißt: Die Beratungen über die Finanzen der Reichsbahn ließen den gesteigerten Ernst der Lage erkennen, die sich für die Reichsbahn aus der darniederliegenden deutschen Wirtschaft und der Weltkrise ergibt. Die bisherige Entwicklung der Einnahmen im Januar und Februar 1932 bleibt — mit 42,4 v. H. weniger als in den gleichen Monaten 1929 — noch weit hinter den bisherigen schon sehr ungünstigen Annahmen zurück. Im Personenverkehr wurden 19,8 v. H. weniger als in 1929 verzeichnet. Noch viel mehr litt der Güterverkehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegen 1930 über 30 v. H. und gegen 1929 beinahe 50 v. H. ausmachte.

Die der Wirtschaft seit dem Herbst 1931 gewährten Tarifiermäßigungen von über 400 Millionen Rm. haben sich bisher nicht als verkehrsfördernd ausgewirkt. Das finanzielle Ergebnis des Monats März läßt sich wegen des in diesen Monat fallenden Osterfestes noch nicht übersehen. Bei dieser Lage muß die Wirtschaft der Reichsbahn mit äußerster Vorsicht und Sparsamkeit geführt werden. Das aus der steuerfreien Reichsbahnleihe zu dedende Arbeitsprogramm in Höhe von 250 Millionen Rm. wird planmäßig durchgeführt. Bereits 110 Millionen Reichsbahnleihe eingezahlt.

Aus der Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn kann noch mitgeteilt werden, daß bis zum 22. März für die Zeichnungen der Reichsbahnleihe bereits 110 Millionen eingezahlt worden sind, obwohl nur 60 Millionen zur Zahlung fällig waren.

Tarifikündigungen nicht wünschenswert

— Berlin, 25. März. Amtlich wird mitgeteilt: Zu der Notiz in einer großen Berliner Tageszeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Pausdauer der Lohnstarifverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbeugnis der Lohnstarifverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums. Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die Bierle Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Innenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert. Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne oder Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifikündigungen unterbleiben. Soweit Änderungen erforderlich sind, sollten die Verhandlungen der Beteiligten baldigst eingeleitet werden, um auch von der Lohnseite her die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung zu schaffen.

Bestellen Sie für April das „Calwer Tagblatt“!

StB. Echterdingen D. Stuttgart, 25. März. Zwischen der Schöpfes- und Schlechtmühle im Reichenbachal brach ein Waldbrand aus. Zwei Handwerksburschen hatten am Begrab Feuer angelegt, das schnell um sich griff. Ehe das Feuer von Anwohnern bemerkt wurde, brannten bereits 2 Morgen Lichterloh.

StB. Nottwell, 25. März. Zwischen Lauffen und Deißlingen nahmen hiesige Landjäger vier Zigeuner fest, die in Nüßlingen bei einer Schlägerei die Wirtschaft zum Schwan beschädigt hatten. Während der Festnahme wurden zwei Schüsse auf die Beamten abgegeben.

StB. Schramberg, 25. März. Der Haushaltsplan der Stadt für das Rechnungsjahr 1932, der demnächst beraten werden soll und zurzeit öffentlich aufgelegt, schließt wegen bedeutender Steigerung der Fürsorgelasten und großen Rückgangs der Steuerkraft infolge der derzeitigen schweren Wirtschaftskrise mit Mehrausgaben in Höhe von rund 800 000 RM. ab, die durch eine Gemeindeumlage von 25 Prozent wie bisher nur zum Teilbetrag von 430 000 RM. gedeckt werden können. In den letzten 4 Jahren sind die Gewerbe-Ertragskataster um etwa 37 Prozent zurückgegangen, während der Aufwand für die offene Armenfürsorge in derselben Zeit auf das Fünffache stieg. Da die Umlage zu erhöhen gesetzlich nicht zulässig und wirtschaftlich nicht möglich ist, kommen zur Deckung des fehlenden Betrags nur Zuschüsse aus dem Landessteuerausgleichsstock und Staatsbeiträgen in Betracht.

StB. Heilbronn, 25. März. Reichsernährungsminister Dr. Schiele wird am Donnerstag nach Ostern in Begleitung des Wirtschaftsministers Dr. Maier in Heilbronn eine Reihe von Besichtigungen vornehmen.

StB. Gmünd, 25. März. Der Schwäbische Sängerbund wird am 7. und 8. Mai dieses Jahres in Gmünd, der Stadt der Lieder und Gefänge, eine Bundesversammlung abhalten.

Turnen und Sport

Handball-Freundschaftsspiele

führen am **Dienstag** die Calwer Handballer gegen 2 Mannschaften der Turngemeinde Winnenden durch. Die Gäste gehören dem Kreise Cannstatt an und konnten in der vergangenen Runde gegen Tdb. Cannstatt, Männerturnverein Stuttgart usw. beachtliche Erfolge erzielen. Infolgedessen dürfte der Verlauf der Spiele ein interessanter werden. (Näheres im Anzeigenteil.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

L. C. Berliner Produktenserie vom 24. März.
 Weizen, märkischer 251-253; Roggen, märkischer 194 bis 196; Ruffenroggen 195; Brannterke 183-190; Futter- und Industrieerke 170-179; Hafer, märkischer 158-165; Weizenmehl 31-34,50; Roggenmehl 26,75-27,90; Weizenkeite 10,80 bis 11,10; Roggenkeite 10,40-10,70; Viktoriaerbsen 18-25; kleine Speiserbsen 21-24; Futtererbsen 15-17; Pelusken 16,50-18,50; Ackerbohnen 15-17; Wicken 16-19,50; Lupinen, blaue 11-12; Lupinen, gelbe 15-17; Seradella, neue 32 bis 38; Peinkuchen 12,10; Erdnußkuchen 13,30-13,50; Erdnußkucheneiweiß 13; Trockenmilchpulver 8,70-8,80; Kartoffelsocken 16,80-17; Speiserkartoffeln, weiße 1,70-1,90; rote 1,90 bis 2,10; Odenwälder, blaue 2,20-2,40; andere gelbflechtige 2,70-2,90. Allgemeine Tendenz: Uneinheitlich.

Stuttgarter Schlachthofmarkt.
 Der Schlachthofmarkt am Donnerstag mußte wegen zu geringer Zufuhr ausfallen. Nächster Markt: Mittwoch, 30. März.
 Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Sorten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die 100 wirtschaftlichen Verkehrsstellen in Zuluka kommen Die Statistik

Kirchliche Nachrichten

Evang. Gottesdienste
 Ostersfest, 28. März
 Turmlied: 209, Frühmorgens, da die Sonn aufgeht, 8 Uhr
 Osterfeier auf dem Friedhof (Halle). Hermann. 9.30 Uhr
 Hauptgottesdienst. Noos. Anfangslied: 214, Wach auf, mein Herz. Chorgefang: Auf, auf, mein Herz, mit Freunden. S. v. Erüger. Abendmahlsfeier mit den Neukonfirmierten.

Osternmontag, 29. März
 9.30 Uhr Gottesdienst in der Kirche. Stumpff.
Kath. Gottesdienst
 Ostersonntag
 8 Uhr Frühmesse mit Homilie. 9.30 Uhr Predigt und Hochamt. 13.30 Uhr Andacht.

Osternmontag
 8 Uhr Frühmesse. 9.30 Uhr Amt.

Osterndienstag
 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell.

Gottesdienste der Methodistengemeinde
Sonntag, 27. März
 Calw:
 Sonntag, 9.30 Uhr vorm.: Predigt (Fritz). 11 Uhr vorm.: Sonntagsschule. 8 Uhr abends: Predigt (Harsch).
 Mittwoch, 8 Uhr abends: Bibel- und Gebetsstunde.
 Stammeim:
 Sonntag, 9.30 Uhr vorm.: Predigt (Schneider). 1.30 Uhr nachm.: Jugendbund (Schneider).
 Mittwoch, 8 Uhr abends: Bibel- und Gebetsstunde.
Oberkollbach:
 Sonntag, 9.30 Uhr vorm.: Predigt (Harsch). 2 Uhr nachm.: Predigt. Dienstag, 8 Uhr abends: Bibel und Gebetsstunde.

Kunst-Ausstellung

vom 27. März bis 11. April
im Georgenäum
von **PFEIFFER-CALW**

Voranzeige.
Der Liederkranz
Ulhengstett
 feiert am 10. Juli ds. Jahres sein
50 jähr. Jubiläum
 verbunden mit
Fahnenweihe u. Gausängertag
 Wir laden schon heute die Nachbarvereine sowie alle Sangesfreunde freundlichst ein u. bitten, diesen Tag für uns freizuhalten.
 Der Ausschuß.

Städtische und ländliche
Beleihungen
 zu günstigen Bedingungen an Sparrer durch die größte Sicherheit bietende
Central-Bau- und Sparkasse A.-G.
 Kapital 1.000.000 Mark
 Bisherige Zuteilungen
2.316.000 Mark
 Auskunft durch **Albert Abendheimer**,
 Calw in Würtbg., Schillerstraße 1
 Mitarbeiter gesucht.

Spielt am Platze! Porloersparnis!


W. Forstamt
Simmersfeld.
Jagdverpachtung.
 Am Donnerstag, den 31. März 1932, vorm. 11 Uhr wird in der Forstamtstanzlei die 44 ha große Jagd im Staatswald Dist. VII Schloßberg, Marung Hornberg D. A. Calw im öffentlichen Aufsteich verpachtet. Die Pachtbedingungen können auf der Forstamtstanzlei eingelesen bzw. vom Forstamt angefordert werden.

Süddeutsche
Klassenlotterie
 1/8 Los Mk. 5.—
 1/4 Los Mk. 10.—
 bei
Friseur Winz
 Marktplatz
 Schonviele Haupttreffer verkauft.

Getreidemühlengenossenschaft
Ulhengstett, e. G. m. b. H.
 Am Sonntag, den 3. April 1932, nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus z. „Ubler“ in Ottenbronn die ordentl.
Generalversammlung
 statt.
Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht des Vorstands und Aufsichtsrats.
 2. Genehmigung von Rechnung und Bilanz.
 3. Ergänzungswahlen.
 4. Anträge und Wünsche.
 Rechnung und Bilanz ist von heute an eine Woche beim Vorliegenden aufgelegt.
Vorsitzender: Braun.

Kentheim, den 26. März 1932.

Todes-Anzeige
 Statt jeder besonderen Anzeige.
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter und Tochter
Emma Phielier
 geb. Schmirle
 im Alter von beinahe 38 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit unerwartet rasch in die obere Heimat abberufen wurde.
 In tiefer Trauer:
 Familien Phielier-Schmirle
 mit Kindern und Enkelkindern.
 Beerdigung heute Samstag nachmittag 3 Uhr in Kentheim.

Zavelstein, den 25. März 1932.

Todes-Anzeige
 Verwandten, Freunden und Bekannten die überaus schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Großvater und Schwiegervater
August Großmann
 im Alter von 69 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung Ostermontag 2 Uhr.

Birka 4 Zentner
Sü-Haber
 (Hohenheimer weiß)
 verkauft
 Michael Kalmbach
 Köttenbach

30-40 Zentner
Heu
 (Bergfutter)
 verkauft
 Hermann Fuchs
 Simmozheim

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe
in Calw e. G. m. b. H.
Die Generalversammlung
 findet am **Samstag, den 2. April 1932, abends 8 Uhr** im **Gasthof zum „Rößle“** in Calw statt.
Tagesordnung:
 1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstands.
 3. Verwendung des Reingewinns.
 4. Änderung der §§ 13 und 38 des Statuts.
 5. Ergänzungswahl des Vorstands.
 6. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
 7. Auszahlung der Gewinnanteile aus vollen Geschäftsanteilen.
 Wir laden unsere Mitglieder zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst ein.
Calw, den 24. März 1932.
Für den Vorstand: Wilhelm Dingler, Direktor
Für den Aufsichtsrat: Erich Herzog, Vorsitzender

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Grabdenkmälern
in allen Steinarten
 von der einfachsten bis feinsten Ausführung, zu weit herabgesetzten Preisen
ALBERT STAUD
BILDHAUER
CALW



Zur Frühjahrskur
 empfehle
Pflanzenrohstoffe
Reformnährmittel
Alkoholfreie Weine
Fr. Nonnenmacher

Atelier für Fußpflege
 Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut und eingewachsenen Nägeln. Behandlung in u. außer dem Hause.
Marta Benjamin, Westl. 12, Tel. 1609, Pforzheim

Verloren
 Eine Korallenbroche von Stadtkirche durch Nonnen- und Lebergasse Abzugeben gegen Belohnung
 Insel 10 l.

3-Zimmer-Wohnung
 mit Kammer, groß. Balkon und Zubehör zu vermieten
Mühlweg 2

3-Zimmer-Wohnung
 bis 1. April oder später in der Nähe von Calw zu vermieten.
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Maschinenöle
Motoröle
Autoöle
Maschinenfett konst.
 empfiehlt
K. Hauber
 50 Zentner
Kleeheu
 zu kaufen gesucht
 und bittet um Angebot
S. Uiber

Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

Reichspräsidentenwahl, zweiter Wahlgang Württ. Landtagswahl.

Der Reichstag hat den zweiten Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten auf Sonntag, den 10. April 1932 festgesetzt.

Ferner hat das Württ. Staatsministerium die Neuwahl des Württ. Landtags auf Sonntag, den 24. April 1932 festgesetzt.

Die Stimmkartei für beide Abstimmungen liegt 5 Tage lang vom Mittwoch, den 30. März bis Sonntag, den 3. April 1932 und zwar Werktags während der üblichen Geschäftsstunden und am Sonntag von vormittags 10 Uhr bis mittags 12 Uhr auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht auf.

Wahlberechtigt für die Reichspräsidentenwahl ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger und zwanzig Jahre alt ist, sofern keiner der Ausschließungsgründe des § 2 des R.W.Gesetzes vorliegt.

Wahlberechtigt zum Landtag ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger ist, das 20. Lebensjahr vollendet und in Württemberg seinen Wohnsitz hat, sofern keiner der Ausschließungsgründe des Art. 3 bis 5 L.W.Gesetzes in Betracht kommt.

Wer die Stimmkartei für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auflegungsfrist bei dem Beauftragten: Ratschreiber Mögner, Rathaus Zimmer Nr. 3, schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben.

Zur Abstimmung am Wahltag wird nur zugelassen, wer in die Stimmkartei eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Ferner können Stimmberechtigte nur in dem Abstimmungsbezirk abstimmen, in dessen Stimmkartei sie eingetragen sind, während Inhaber von Stimmscheinen in jedem beliebigen Stimmbezirk abstimmen können.

Stimmscheine stellt auf Antrag des Stimmberechtigten bei Vorliegen gesetlicher Gründe die Gemeindebehörde des Wohnorts aus.

Für beide Abstimmungen (Reichspräsidentenwahl und Landtagswahl) werden in der Stimmkartei die seit dem 13. März 1932 eingetragenen Zu- und Wegzüge sowie Anzüge innerhalb Calws, soweit sie polizeilich zur Meldung gekommen sind oder noch kommen werden, und zwar bis zum 20. März 1932 noch berücksichtigt. Die neu zuzuziehenden und umgezogenen Wähler werden nachträglich auch mit Wählerpostkarten versehen.

Calw, den 24. März 1932.
Bürgermeisteramt: Göbner.

Stadtgemeinde Calw.

Ablösung der Gebäudeeinkaufsteuer.

Durch die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 8. Dezbr. 1931 und 6. Februar 1932 ist den Gebäudeeigentümern das Recht eingeräumt worden, die sich für die Zeit von 1. April 1932 bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1939 ergebende Gebäudeeinkaufsteuer abzulösen.

Der Berechnung der Ablösungsbeträge ist der für 1932 gegenüber dem Vorjahr um 20 v. H. gekennte Gebäudeeinkaufsteuerbetrag zugrunde zu legen.

Wie der Ablösungsbetrag bis zum 30. September 1932 entrichtet ist, so hat der Gebäudeeigentümer das Dreifache, und soweit der Ablösungsbetrag in der Zeit bis zum 31. März 1931 entrichtet wird, das Dreifachfache des vollen Jahresbetrags der Steuer an die Stadtkasse zu zahlen. Neben dem Ablösungsbetrag sind die bis zur Entrichtung des Ablösungsbetrags fällig gewordenen Gebäudeeinkaufsteuerbeträge zu entrichten, jedoch sind auf Ablösungsbeträge, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1932 bezahlt werden, die für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1932 erhobenen Steuerbeträge zur Hälfte anzurechnen.

Die Gebäudeeinkaufsteuer kann ganz oder zur Hälfte abgelöst werden. Hat ein Steuerpflichtiger aus mehreren Gebäuden Gebäudeeinkaufsteuer zu entrichten, so kann er die ganze oder hälftige Ablösung auf eines oder einige dieser Gebäude beschränken.

Gebäudeeigentümer, welche die Ablösung schon auf 31. März d. Jrs. durchzuführen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlung der Ablösungssumme so zeitig geschehen muß, daß letztere spätestens am 31. März 1932 bei der Stadtkasse einzeigt. Kommen die Zahlungen erst am 1. April d. Jrs. oder später (bis zum 31. Sept. 1932) bei der Stadtkasse ein, so ist also neben der Ablösungssumme die Hälfte des Betrags, welcher für jeden nach dem 31. März dieses Jahres begonnenen Monat als Gebäudeeinkaufsteuer berechnet ist, zu entrichten.

Das Abl. Steueramt erstellt den Gebäudeeigentümern kostenlos Auskunft über ihre Ablösungssummen, jedoch ist die Zahlung der Ablo. Beträge anzufordern.

Calw, den 24. März 1932.
Bürgermeisteramt: Göbner.

Bekanntmachung betr. die Hunde-Abgabe.

Die Hundebesitzer werden auf ihre Pflicht zur An- und Abmeldung ihrer Hunde in der Zeit vom 1. bis 15. April aufmerksam gemacht.

Steuerpflichtig für das ganze Jahr ist derjenige, welcher den Hund am 1. April hat.

Wer nach dem 1. April einen steuerbaren Hund zu halten beginnt, hat von nächstem Quartal an die Abgabe für den Rest des Jahres zu entrichten, ausgenommen, wenn der Hund nur an die Stelle eines von demselben Pächter bereits versteuerten Hundes tritt.

Das gleiche gilt, sobald ein Hund, welcher wegen noch nicht erreichten abgabepflichtigen Alters am 1. April unversteuert geblieben ist, in dieses Alter eintritt.


Wer bis zum 15. April die Abmeldung eines bis dahin versteuerten Hundes unterläßt, hat die Abgabe für das neue Jahr fortzuentrichten.

Wer nach dem 1. April einen steuerbaren Hund zu halten beginnt, hat hievon binnen 2 Wochen der Stadtpflege Anzeige zu erstatten. Dieselbe Anzeigepflicht hat derjenige, der den Hund hält, sobald sein bisher steuerbarer Hund in das abgabepflichtige Alter eingetreten ist.

Den 24. März 1932.
Stadtpleae.

Lichtspiele Bad.-Hof, Calw

Große Sondervorfürhrungen des Riesensfilms aus der Zeit der Christenverfolgung in tönender Wiedergabe



QUO VADIS?
(Wo gehst Du hin?)
Jannings als Nero

Vorstellungen:
Heute Ostersonntag nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr, sowie morgen Ostersonntag: 2⁰⁰, 5⁰⁰ und 8 Uhr.

KURHOTEL KLOSTER HIRSAU
OSTERMONTAG nachmittags 3 Uhr
TANZ-TEE
abends 8 Uhr
TANZUNTERHALTUNG
Eintritt frei!

Gasthof zum Schwanen, Hirsau

Heute Samstag und über Ostern halte ich
Metzel-Suppe
und lade hiezu höflichst ein
Gustav Böhm und Frau

Hotel Adler / Bad Liebenzell

Ostermontag **T. A. N. Z**

Alzenberg

Am Ostermontag findet im Gasthaus z. „Löwen“ große
Tanz-Unterhaltung
statt; hiezu laden höflichst ein
Der Besitzer Mandolinenklub Alzenberg

Altburg

Am Ostermontag findet im Saale von Georg Kemmler eine
Tanz-Unterhaltung
statt, wozu einladen
der Besitzer Musikverein Altburg

Neubulach

Ostermontag
Tanzunterhaltung
im Gasthaus zur „Sonne“ wozu einladen
der Besitzer — die Kapelle

Birke 300 lhd. m beschlagene
Bauholz
und einige Wagen
Kohlerbe
für Gärtner verkauft
Martin Schwämme
Höllendach

Oberreichendach.
Verkaufe eine fehlerfreie 32 Wochen trüchtige
Rug- und Fahrkuh

Früh Rusterer

Handballspiele Ostermontag, 28. März

Tgd. Winnenden I. — T. V. Calw I. (Beginn 3 Uhr)
Tgd. Winnenden Jug. — T. V. Calw Jug. (Beginn 2 Uhr)

Turn- und Spielplatz Hirsauerstraße

Sportplatz Javelstein

Ostersonntag, den 27. März 1932

I. F. C. Birkenfeld (Bezirksligareserve) — Sp.-Bgg. Leinach-Javelstein I. Vorspiele Beginn 8 Uhr
B. f. R. Pforzheim (Kreisligareserve) — Sp.-Bgg. Leinach-Javelstein II. Beginn 1/2 Uhr
B. f. R. Pforzheim (III. Mannschaft) — Sp.-Bgg. Leinach-Javelstein III. Beginn 1/2 Uhr

Ostersonntag, den 28. März 1932

F. C. „Nordstern“ Pforzheim I. — Sp.-Bgg. Leinach-Javelstein I. Vorspiele Beginn 8 Uhr
F. C. „Nordstern“ Pforzheim II. — Sp.-Bgg. Leinach-Javelstein II. Beginn 1/2 Uhr
F. C. „Nordstern“ Pforzheim III. — Sp.-Bgg. Leinach-Javelstein A. H. Beginn 1/2 Uhr

Spar- und Vorschußbank Calw

e. G. m. b. H.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder ein, an der am Montag, den 4. April 1932, nachmittags 5 Uhr im Badischen Hof stattfindenden
71. Generalversammlung
teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Rechenschaftsberichts über das Geschäftsjahr 1931
2. Erstattung des Revisionsberichts
3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
4. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns
5. Festsetzung des Gesamtbetrags nach § 49 G.G.
6. Wahlen in den Vorstand
7. Ergänzungswahlen in den Aufsichtsrat.

Anträge auf Grund der §§ 26 und 29 des Statuts sind bis spätestens Mittwoch, den 30. März 1932, schriftlich bei dem Vorstande einzureichen.

Der Geschäftsbericht ist zur Einsichtnahme der Mitglieder im Banklokal aufgelegt.
Calw, den 24. März 1932.

Der Vorstand:
Rheinwald Fischer Wochele Stüber

Wohin geht man zum
Nachmittags-Kaffee?
In das herrlich gelegene
Höhen-Restaurant u. Terrassenkaffee
Schützenhaus
Calw, Fernspr. Nr. 4

Zur Saat empfiehlt:

Rothkeesamen
Luzerne (Ewig)-Klee
Futter-Erbisen
Wicken / Spier
Grasamen
Runkel-Angersfen
Stekzwiebel
Gartenjamen

in bester heimischer Ware
Saatbeize
Carl Straile
Althengstett

Lockig und wellig

reizend und schön wird
Bubikopf mit Lockenwasser
„ISMA“, Ritterdrogerie C. Bernsdorff.

Calw
Circa 80 Zentner guteingebrauchtes
Heu u. Stroh
(Bergjutter)
verkauft
E. Haug, Bischofsstraße 8.

Landw. Ortsverein Calw.

Ostermontag abends 8 Uhr
Bersammlung
bei Julius Seeger. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.
Der Obmann.

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen
Gottlieb Göb, Gärtner Calw
Pauline Bäuerle, Monacham
Tochter des Daniel Bäuerle
Kirchgang 1/2 Uhr

Gechingen — Durchhausen

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Ostermontag, den 28. März 1932, in der Kirche in Monacham stattfindenden
Hochzeitsfeier
freundlichst einzuladen

Ernst Weiß
Sohn des † Friedrich Weiß, Schreinermeister
Rosa Ruß
Tochter des Sebastian Ruß, Zimmermeister
Kirchgang 1 Uhr in Gechingen

Inferieren bringt Gewinn!

Erfolge
Täglich
der Sonne

Anz
a) im A
die Seite
b) im R
die Seite

Auf Se
komme

Für D
kann I
übemo
für bei

Nr.

Erklärung

U. N.
gemeine Be
jame Betr
ter der K
p reußen
meine polit
erklärt dann
heit, der m
überstehe. I
unsere frie
nis der Sch
ning tratte
ihrem Kam
weisen. O
ihre ganze
Memland
bleiben.

Der Wel
das Gefäß
preußen an
ungeheuren
Macht und
weiß, daß
griffen hat,
Ich untersch
gilt es, ru
preußen
Läden pr
nächst der
Deren Sch
Reich dien
Bevölkerung
heimaterde
deniet di
jeden An
erfolges
feindlicher

U. N.
deutschen, de
vorgeklagen
zur Erört
ten. Die Ro
den wirtschaft
der Hillelief
nach Durchh
ftigen Finanz
Frankreich
fänglich zuge
Einwendungs
renzung vorgel
noch nicht er
äußert, die S
lassen.

Der N
Die engl
doner Dona
Wochenende
der Konfere
Großmächte
linien gewin
frage maßge
weiterer Kon
sch vorher
essierenden
seits keine
daß die Re
mentkunft zu
geben.

Es ist die
Finanzminist
geben werde
wohl über di
über das R
zu verhand
einer Art B
sterbegabung
scheint sich
Zweifellos